

Aufruf FFF Ukraine:

Die Ukraine braucht eure Unterstützung.

Die Militärintervention ist eine klare Verletzung der Menschenrechte, insbesondere unter den aktuellen Umständen der Pandemie und der Klimakrise. Wir kommen zusammen, um die sofortige und klare Unterstützung der Ukraine zu fordern.

Der fossile Kapitalismus ist einer der vielen Gründe für diesen Krieg, genau wie für viele andere Konflikte und Krisen weltweit. Deswegen fordern wir, nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Wochen immer wieder ein Ende der fossilen Energiegewinnung, sowie des Kapitalismus und Imperialismus. Wir fordern eine Welt, in der die Regierungen die Leute über die Profite stellen. People not Profit!

Redebeitrag FFF Bremen:

Wir stehen heute hier, um das sofortige Ende des Kriegs in der Ukraine, aber auch aller Kriege und Gewalttaten weltweit zu fordern: Von der Ukraine über Palästina, Kurdistan, Jemen bis nach Afghanistan und darüber hinaus. Wir sind solidarisch mit der Ukraine und all jenen, deren Zuhause zu Kriegsgebieten und Schlachtfeldern wurde.

Wir verurteilen Putins imperialistischen Angriff auf die Ukraine. Dieser Krieg verursacht massives Leid in der Zivilbevölkerung, viele junge Menschen werden in den Tod geschickt. Die ukrainische Bevölkerung muss sich in Bunkern und U-Bahn Stationen verstecken, viele fliehen.

Leider werden auch einige Menschen von der Flucht abgehalten und zum Kämpfen gezwungen. Sie werden so in Gebiete geschickt, in denen auch zivile Gebäude nicht vor den russischen Bomben sicher sind und in den Kampf gegen eine russische Armee, deren Soldaten durch eine eigene Wehrpflicht zur Umsetzung von Putins Plänen sterben müssen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, das Soldat*innen in diesem Krieg nicht zugesprochen wird. Zivile Gebäude zu bombardieren ist ein Kriegsverbrechen.

Dieser katastrophale Angriffskrieg ist auch ein Desaster für die Menschenrechtsslage.

Viele fordern als „Lösung“ massive Aufrüstung: Der Bundestag beschloss 100 Milliarden zusätzlich für der Bundeswehr, NATO Truppen in Europa, insbesondere Osteuropa, werden verstärkt. Das beschleunigt eine Eskalationsspirale, die nur in einem neuen Wettrüsten enden kann. Putin droht seinerseits bereits mit Atomwaffen, die Lösung kann nicht sein, die Prinzipien des kalten Krieges zurückzubringen. Wir schenken der NATO keinen Glauben, dass sie ein Friedensbündnis ist, Friedensbündnisse rüsten nicht ein Saudi-Arabien, welches seit Jahren den Jemen bombardiert und das auch weiterhin tut. Putins grausamer Krieg hat im Irakkrieg ein klares Vorbild: Unter falschem Vorwand wird ein imperialistischer Angriffskrieg geführt, der die Bevölkerung des angegriffenen Landes unfassbarem Leid aussetzt. Das war im Irak falsch und ist es auch heute in der Ukraine.

Die Wahl zwischen NATO und Russland ist eine, die wir nicht treffen werden. Unsere Bewegung ist international und hat sich noch nie auf Regierungen verlassen. Es gibt uns, weil kein Staat der Welt genug tut gegen die Klimakrise. Und auch an Frieden haben die großen Weltmächte kein Interesse. Es ist eine Frechheit, dass zur Aufrüstung 100 Milliarden Euro schnell bereitstehen, während für Klimagerechtigkeit der politische Wille fehlt.

Unsere Antwort auf diesen Krieg, und aus dem neuen Kräfteressen, das aus ihm entspringt, ist also nicht für einen imperialistischen Block Stellung zu beziehen, oder uns mit Imperialist*innen zu verbünden. Wir unterstützen eine Bewegung von unten gegen Krieg und Imperialismus jeder Art. Dazu gehören etwa viele selbstorganisierte Freiwilligeneinheiten in der Ukraine, die sich dort für eine freie und solidarische Ukraine einsetzen, frei auch von imperialistischen Einflüssen, und sich zu diesem Zweck organisieren, um Zivilist*innen zu helfen, medizinischen Beistand leisten und sich gegen Putins Invasion zur Wehr setzen. Dazu gehört auch die russische Friedensbewegung, in der sich viele trotz heftiger Repressionen engagieren, um ein Ende von Putins imperialistischem Krieg und seiner Herrschaft zu fordern. Wir wollen außerdem jede humanitäre Hilfe für die Opfer des Konfliktes unterstützen: Viele Organisationen leisten gute humanitäre Hilfe für die Zivilist*innen in der Ukraine und für diejenigen, die von diesem Krieg aus ihrem Zuhause vertrieben worden sind.

Es soll uns nun offensichtlich der Eindruck vermittelt werden, es ginge hier auch um ein „wir gegen die“, der aufgeklärte und zivilisierte Westen gegen die barbarischen Russen. Das ist eine Lüge. Viele Menschen in Russland wollen diesen Krieg nicht, und viele von ihnen gehen auch auf die Straße und ins Gefängnis dafür, dass sie dies zeigen. Der Widerstand der russischen Zivilbevölkerung hat die Unterstützung vieler Prominenter in Russland und hat immerhin schon 5 Parlamentsmitglieder dazu gebracht, sich gegen ihren autokratischen Präsidenten, gegen ihre eigenen Parteiführungen zu stellen und offen das Ende dieses Krieges zu fordern. Doch der Westen verhängt fleißig Sanktionen gegen die russische Wirtschaft, die insbesondere die russische Zivilbevölkerung treffen, und ihr den Zugang zu Kleidung, Ernährung und medizinischer Grundversorgung erschweren. Die Zivilbevölkerung wird bestraft für die Handlungen desselben Präsidenten, der ihren Aktivismus unterdrückt. Das wird nicht dazu führen, dass die Friedensbewegung erstarkt und Putin die Hölle heiß macht, sondern eher dazu, dass die Menschen keine Ressourcen zum Organisieren mehr haben und der Hass auf den Westen für diese Sanktionen erstarkt.

Die Verantwortlichen für diesen Krieg sind vor allem russische Milliardäre und Imperialist*innen, dementsprechend auf ihnen der Fokus liegen. In Spanien hat ein ukrainischer Schiffsarbeiter die Jacht eines russischen Milliardärs versenkt, wir lassen das mal so unkommentiert stehen. Der Kampf gegen die Geldwäsche würde vielen russischen und deutschen Imperialist*innen weh tun und ist somit ebenfalls ein wichtiger Schritt. Außerdem muss die Ukraine von westlichen Ansprüchen befreit werden, daher müssen ihr jegliche Schulden bei westlichen Staaten erlassen werden.

Der Kampf gegen imperialistische Kriege muss in internationaler Solidarität und Freundschaft geführt werden. Wir müssen uns um Deeskalation bemühen, wer glaubt durch Aufrüsten, Eskalation oder gar dem offenen Krieg des Westens mit Russland die Lage zu verbessern, macht sich nicht nur Illusionen über die angebliche Wertegemeinschaft des Westens, sondern auch darüber, dass so ein Krieg irgendwelche Gewinner*innen hätte.

Manche wollen in diesen Tagen uns dazu drängen, dass wir uns entscheiden müssten: Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine oder mit denen, die aus anderen Kriegen fliehen. Das ist die völlig falsche Auffassung von Solidarität und schon bald werden die, die uns jetzt vor die Wahl stellen, genauso gegen Ukrainer*innen hetzen, wie sie es in den letzten Jahren gegen andere Kriegsgeflüchtete getan haben. Wir fordern die Schaffung sicherer Fluchtrouten für alle, die die Ukraine verlassen wollen. Hetze gegen nationale oder ethnische Bevölkerungsgruppen führt zu Hass, Zerstörung und Tod.

Ein gutes Leben für alle Menschen beinhaltet den Kampf gegen Rassismus, Xenophobie und nationalen Chauvinismus. Wir rufen dazu auf: Helft den Geflüchteten! Unterstützt die Bewegungen von unten gegen Krieg und Imperialismus! Unterstützt humanitäre Hilfe, die wichtiges für die Zivilist*innen leisten! Toleriert keine Kriegshetze, egal ob aus Moskau, Washington oder Berlin! Gegen Putin und alle Formen von Imperialismus.

Statement FFF Russland 24.2.:

#StandWithUkraine Statement von FFF Russland zur russischen Militärintervention in der Ukraine. Wir Aktivist*innen von FFF Russland lehnen alle militärischen Konflikte ab. In einer Situation, in der die Welt unter Klima-, Umwelt-, und anderen Krisen leidet, wird der Krieg diese Krisen nur verstärken, aber nicht helfen, sie zu lösen. Heutzutage müssen alle Konflikte diplomatisch gelöst werden und nicht durch das Blut von Zivilist*innen in anderen Ländern. Wir wollen nicht mit Blut und Tod in Verbindung gebracht werden, da wir sowas nie für uns und unsere Freund*innen wollten. Die Handlungen der Regierung sind nicht unsere. Fridays for Future Russland hatte, hat und wird militärische Handlungen ablehnen, egal wie gerechtfertigt sie durch staatliche Propaganda dargestellt wird. Krieg ist nie gerecht. Russ*innen, bitte kontaktiert eure Verwandten und Bekannten aus der Ukraine, unterstützt sie in Worten und Taten, bietet eure Hilfe an. Ukrainer*innen, versucht sicher zu bleiben und um euch zu kümmern. Wir werden den Kampf für Frieden und Gerechtigkeit fortsetzen, für alle alle Bewohner*innen dieses Planeten, insbesondere in den aktuellen Umständen.